



PROTOKOLL

**der Sitzung des Auslandschweizerrates
vom 8. April 2011, von 09.00 bis 16.45 Uhr
im Seehotel Waldstätterhof, Brunnen**

TRAKTANDEN

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum
2. Protokoll der Sitzung vom 20. August 2010
3. Bericht des Präsidenten
4. Reorganisation des Konsularwesens/EDA
5. Wahlen 2011 – Wahlmanifest der ASO
6. E-Voting – Standortbestimmung
7. Schweizer Banken und Auslandschweizer
8. Zugang zum Hochschulstudium in der Schweiz
9. Schweiz–Europa – Eine Aussensicht
10. Koordination der Landeswerbung
11. Aktuelle Stunde
12. Schweizer in Israel – Präsentation
13. Jahresbericht 2010
14. Jahresrechnung 2010
15. Budget 2011
16. Wahl des Revisionsorgans
17. Auslandschweizer-Kongress 2011 – Vorschau
18. Anerkennung von Schweizervereinen
19. Verschiedenes

Die Traktanden wurden in folgender Reihenfolge behandelt: 1-6 – Lunch – 10, 7-9, 11-19.

Der Präsident, Jacques-Simon Eggly, heisst die Anwesenden in Brunnen willkommen. Er begrüsst Ehrenpräsident Georg Stucky sowie die Vertreter des EDA, Gerhard Brügger und Jean-François Lichtenstern und freut sich über die Anwesenheit der Parlamentsvertreter Thérèse Meyer-Kaelin und André Reymond.

Die Traktandenliste wird ohne Bemerkungen angenommen.

Als Stimmzähler schlägt Herr Wyder die Herren Zimmermann und Schibli vor. Diese werden stillschweigend gewählt.

Herr Eggly informiert über den Tod von Alois Horlacher, Delegierter im ASR für Griechenland und legt eine Schweigeminute ein. Seine Nachfolgerin ist Rosemarie Lutz, bis 2009 Stellvertreterin von Herrn Horlacher.

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum

Der Rat zählt aktuell 130 Stimmberechtigte, davon sind zu Beginn der Sitzung 75 anwesend. Das verlangte Quorum (ein Drittel oder 44 Stimmen) ist somit erreicht. Der Rat ist beschlussfähig.

2. Protokoll der Sitzung vom 20. August 2010

Das Protokoll wurde den Ratsmitgliedern am 1. Oktober 2010 zugestellt. Es gibt keine Bemerkungen zum Protokoll.

Herr Eggly erklärt das Protokoll damit als genehmigt und dankt der Verfasserin.

3. Bericht des Präsidenten

Herr Eggly geht in seinem aktuellen Rechenschaftsbericht insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Vote électronique
- Konsularische Betreuung/Konsularnetz
- SwissCommunity.org
- Auslandschweizerpolitik

*Für den genauen Wortlaut sei auf den Bericht des Präsidenten (**Dokument R-2011/3**) verwiesen.*

Herr Begey bemerkt, dass das Auslandschweizergesetz nur Erfolg haben kann, wenn es durch die Botschafter und Konsuln begleitet wird.

Frau Etchart sagt, dass die Indexierung der IV-Renten voranschreite und fragt, wo man mit der Indexierung der AHV-Renten stehe.

Frau Meyer-Kaelin sagt, dass es keinen Vorschlag in diese Richtung gebe. Die beiden Versicherungen können nicht verglichen werden. Die ASO wehre sich gegen die Indexierung der ins Ausland ausbezahlten Renten.

4. Reorganisation des Konsularwesens/EDA

Herr Botschafter Brügger, Chef der neuen konsularischen Direktion im EDA, freut sich, zum ersten Mal vor dem ASR zu sprechen. Die neu geschaffene konsularische Direktion sei die fünfte Direktion im Departement, auf gleicher Stufe wie z.B. das DEZA. Dies zeige die Wichtigkeit, die die Auslandschweizer und das konsularische Geschäft darstellen würden. Ihr Auftrag sei es, den Bedürfnissen der Auslandschweizer und der Schweizer Reisenden, gerecht zu werden. Dazu habe die Direktion einen kleinen Stab sowie folgende Abteilungen:

- Konsularische Strategien, Entwicklungen und Abkommen: Betrieb der Zentrale und der Vertretungen, Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere Schengen (es gebe ca. 20 Abkommen mit Schengen-Staaten, an anderen Standorten Visa auszustellen oder umgekehrt, diese Zusammenarbeit laufe bereits)
- Auslandschweizer-Beziehungen, Koordination und Information (früherer ASD): Chef ist Jean-François Lichtenstern, Pflege der institutionellen Beziehungen zwischen Departement und Organisationen wie der ASO und anderen Partnerorganisationen in der Schweiz sowie politischer Arm der Direktion, welcher sich mit Fragen wie dem Auslandschweizergesetz und kohärenter Auslandschweizerpolitik beschäftigt.
- Bürgerservice, konsularischer Schutz und Vertretungsunterstützung: Hilfe im Ausland bei Problemen im Ausland wie z.B. Unfall, Todesfall, Haft. (Helpline, Guichet unique) sowie Definition der Aufgaben der Vertretungen, Ausbildung Personal usw.

Gegen die Schaffung der neuen konsularischen Direktion seien im Mitberichtsverfahren keine Einwände der Departemente erhoben worden, es bedürfe noch der Unterzeichnung der Departementchefin und der Zustimmung des Bundesrats.

Herr Brügger führt weiter aus, das Vertretungsnetz der Schweiz sei mit 130 Berufsvertretungen im Ausland und einem Netz an Honorarvertretungen eines der grössten der Welt. Die Überprüfung dieses Netzes stelle eine Daueraufgabe dar. Neue Märkte wie Asien müssten erschlossen werden, eingespart werden müsse dort wo es sich verantworten lasse.

Es gebe laufend neue Aufgaben bei gleich bleibendem Budget. Es werde ein Leistungskatalog für jede Vertretung erstellt. In Zukunft sollen Synergien genutzt werden; das Prinzip „Economy of Scale“ komme zur Anwendung. Es werde eine regionale Ausrichtung angestrebt, nicht eine lokale. Weiter werde ein hoher Grad von Bürgernähe angestrebt.

Bereits umgesetzt oder vorgesehen: Überführung des konsularischen Geschäfts und der Interessenwahrung von Tirana nach Pristina; von Harare nach Pretoria; von Sofia nach Bukarest; von Port au Prince nach Santo Domingo; von Brüssel und Luxemburg nach Den Haag; von Helsinki, Kopenhagen, Oslo nach Stockholm; von Ljubljana, Zagreb, Budapest, Prag nach Wien.

Um die entstehenden Lücken zu schliessen, bleibe ein Mitarbeiter vor Ort, der gewisse Leistungen erbringen könne. Das Netz an Honorarvertretern werde deutlich ausgeweitet. Weiter würden mobile Konsulate eingeführt, die periodisch diverse Leistungen anbieten. Biometriedaten können nach der Neuausrichtung in der Schweiz bei sämtlichen Passbüros oder in irgendeiner Vertretung der Welt nach Absprache mit der Vertretung, wo man registriert ist, erfasst werden. Bei Diebstahl des Passes in einem Land ohne konsularische Vertretung kann ein Laissez-Passer ausgestellt werden. Lebensbescheinigungen für Rentner können von Gemeinden, Altersheimen, Polizei, Ärzten ausgestellt werden. Weiter stehe die Helpline des EDA mit der Nummer 0800 24-7-356 oder die Emailadresse helpline@eda.admin.ch zur Verfügung. E-Government sei weiter in Entwicklung.

Herr Eggly gibt zu bedenken, dass Konsulate in Ländern geschlossen würden, wo die Schweiz Kontakte und Freunde brauche, z.B. in Bordeaux.

Herr Engeler zeigt sich zufrieden über die mobilen Erfassungseinheiten. In Italien müssten Bürger jedoch für die Erneuerung eines Passes teils mit drei Tagen Reise rechnen. Honorarkonsule hätten immer weniger Kompetenzen. Die Telefonnummer sei wichtig, nütze aber wenig wenn der Pass gestohlen würde. Besser wäre, mit der Revue Selbstklebeetiketten mit der Nummer zu verschicken. Ausserdem könne die 0800 aus vielen Ländern nicht angerufen werden.

Herr Brügger verweist auf das Beispiel der Balearen und Kanaren, wo viele Auslandschweizer leben, es aber kein Konsulat gebe. Auch in China gebe es teils Distanzen über Tausende von Kilometern. Die Anregung betreffend Etiketten in der Revue nehme er gerne auf.

Herr Müller verweist auf die Schliessung des Konsulats auf Mauritius. Südafrika habe mit Mauritius politisch nichts gemeinsam. Die Schweiz schaffe sich im südlichen Afrika ab.

Frau Michel fragt, ob die ID ohne Mikrochip noch erhältlich sei und ob die Identität älterer Auslandschweizer, die nicht mehr reisen können, von Schweizer Vereinen beglaubigt werden könnte.

Herr Aeschlimann findet, dass im neuen Konzept viele Dinge wenig Nutzen hätten. Die Honorarkonsule hätten keine Kompetenzen mehr. Ausserdem würden die Schweizer Vereine ganz vergessen. Auf diese könne aber nicht verzichtet werden.

Frau Violet möchte wissen, ob der Pass schon heute in der Schweiz beantragt werden könne.

Herr Bernard bemängelt, dass es keine offizielle Kommunikation über die Schliessung des Konsulats in Luxemburg gegeben habe. Die neue Flexibilität sei begrüssenswert. Aber Luxemburg Den Haag zuzuteilen sei kompliziert, besser wäre Paris.

Herr Küng findet die Präsentation des EDA hochprofessionell und modern. Hingegen kritisiert er, dass bisher noch nicht über diese Massnahmen informiert wurde. Auch er ist der Meinung, dass man sich von Einzelschicksalen verabschieden muss. Wichtig bei Botschaften und Konsulaten sei schlussendlich die Qualität und die sei bisher nicht immer gewährleistet. Der ASR müsse offen sein und den Prozess begleiten.

Herr Lardi fragt, ob die Präsentation in schriftlicher Form verfügbar sein werde.

Frau Von Hertzen hört zum ersten Mal, dass die Konsularabteilung von Helsinki nach Stockholm verlegt wird. Dies vielleicht, weil sie die Schweizer Revue, die nur noch elektronisch komme, nicht mehr so intensiv lese. Sie sei über die Verlegung empört. Sie fragt, was die Person des EDA, die vor Ort bleibt, mache.

Frau Strassmann sagt, dass es für die Auslandschweizer der Balearen und Kanaren ein Problem sei, dass das Konsulat in Madrid sei. Besonders für die Altersgruppe, die nicht mehr so mobil sei. Sie fragt, wie die Einsätze des mobilen Konsulats geplant würden.

Herr Dürr findet die Abnahme der Präsenz der Schweiz im Ausland negativ. Mit der Ausrichtung auf die neuen Märkte komme man weg vom Service Public und hin zum Service Economique. Wirtschaftliche Gründe für Schliessungen und Öffnungen von Konsulaten seien nicht Sache des EDA.

Gemäss Frau Etchart wird in Bern heisse Luft produziert, die im Ausland verpufft. Sie zeigt auf ihre Rolle als Honorarkonsulin, zuständig für 50'000 Auslandschweizer, was 8% der Diaspora ausmache.

Herr Isler findet die Ausführungen einseitig auf Europa bezogen und fragt, was in Australien geplant sei.

Herr Strehler zeigt sich erstaunt über die Schliessung des Konsulats in Brüssel.

Herr McGough sagt, die Schweizer in Ungarn seien sehr erbost über das EDA. Erst vor kurzem hätten sie auf Umwegen von der Schliessung des Konsulats in Budapest erfahren. Kundenfreundlichkeit und Bürgernähe sei es nicht, wenn die Ferien dafür aufgewendet werden müssten, um ein Visum zu beantragen. Zwei Tage Zug, um zum Konsulat zu kommen, sei eine Schikane. Die Haltung und die Informationspolitik des EDA müssten unbedingt überdacht werden. Das EDA sei für die Bürger da und müsse die Schweizer unterstützen. Das tue es aber nicht.

Herr Eggly hat Verständnis für die Wut der Schweizer im Ausland, fordert aber Mässigung und Respekt.

Herr Bloch fragt, ob die Reorganisation in Absprache mit den Botschaftern geschehe. Weiter fragt er nach Rolle und Mitspracherecht der ASO in Bezug auf Rekrutierung von Honorarkonsuln. Er hat Kenntnis von einem Fall, welcher zu Missverständnissen geführt hat.

Herr Eggly informiert, dass nach diesem Fall die Prozedur geklärt worden sei.

Frau Ruchet Bach findet, dass das EDA kein Unternehmen sei. Es könne nicht gerechnet werden, was eine Botschaft bringe. Freundschaft, Hilfe, Unterstützung, Stabilität, Vertrauen könnten nicht beziffert werden. Das Budget müsse global gerechnet werden.

Herr Brügger ist überzeugt, dass der Austausch mit der ASO und dem ASR intensiviert wird. Auch die Kommunikation müsse verbessert werden. Er hält die Anliegen der Auslandschweizer für berechtigt und geht auf die Fragen und Bemerkungen ein:

- Effektiv werde die Schweizer Präsenz im südlichen Afrika reduziert. Aber auch Edinburg werde geschlossen und es werde auch im Bereich der Interessenwahrung reduziert.
- Biometriedaten würden ab sofort (nach Absprache mit der Vertretung wo man angemeldet ist) in irgendeiner Vertretung im Ausland erfasst.
- Lebensbescheinigung durch Vereinspräsidenten ausstellen zu lassen sei eine Idee, die aufgegriffen werden könne.
- Honorarkonsule seien parallel zur Botschafterkonferenz in der Schweiz eingeladen worden, wo Rolle und Einsatz geklärt würden.
- Wo das mobile Konsulat auftrete, würde mit den Schweizer Vereinen koordiniert. In Deutschland sei dies bereits der Fall.
- Die Zusammenarbeit mit fremden Staaten existiere bereits für die Ausstellung von Visa, jedoch noch nicht für die Ausstellung von Pässen.
- Alle Vertretungen, die geschlossen würden, hätten den Auftrag, ihre Bürger zu informieren.
- Die Neuausrichtung habe zum Ziel, sich nach den neuen Anforderungen zu richten. Auch wenn das EDA keine Privatfirma sei, habe es doch nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien zu funktionieren.
- Die Präsentation sei nicht offiziell und werde deshalb nicht verteilt. Die Medien würden über die Entwicklungen im EDA informieren.
- Grössere Distanzen wegen Schliessungen von Konsulaten seien nicht wichtig. Es gebe so viele Möglichkeiten, die gewünschte Leistung zu erhalten, man müsse einfach eine andere Menüposition wählen.
- Die Einführung einer nicht biometrischen ID sei fast genehmigt.
- Die Erschliessung von neuen Standorten müsse sich nach gesamtheitlichen Entwicklungen richten, also auch nach Bedeutung für die Wirtschaft, und nicht nur nach Anzahl Schweizern vor Ort. Auch die Anzahl Schweizer Firmen sei ausschlaggebend. Sotschi in Russland werde geöffnet wegen den Olympischen Spielen und danach eventuell auch wieder geschlossen.
- Der Aufbau der Zentrale in Bern möge überproportioniert erscheinen. Aber die Aufgaben würden zunehmen und dazu brauche es Ressourcen.
- Anlagen aus geschlossenen Standorten würden verkauft, umgerüstet oder eingelagert.
- Er wolle gerne die Schweizer in Ungarn aufsuchen um die Situation zu verbessern.
- Bilaterale Beziehungen sollen wegen Schliessungen nicht gefährdet werden, Botschaften sollen wenn möglich bleiben.
- Die Konsultation der Botschafter wurde nicht gemacht, denn es sei klar, dass jeder Botschafter seinen Standort verteidigen würde.
- Die ASO würde bei der Rekrutierung von Honorarkonsuln um Vorschläge angefragt. Der Entscheid könne aber auch gegen die Vorschläge ausfallen.
- Die Zentralisierung in der konsularischen Abteilung sei keine Sparmassnahme, sondern eine Optimierung der Standorte und des Aussennetzes als Ganzes.

Herr Eggly dankt Botschafter Brügger für seine Offenheit und Informationen. Er sagt, dass die Auslandschweizer mehr in die Entscheide des EDA einbezogen werden sollten und damit eher auf dessen Seite stehen und die Umsetzung unterstützen würden. Es sei auch eine Frage des Respekts gegenüber den Auslandschweizern.

Der Vorstand unterbreitet dem Rat folgende Resolution:

Der Auslandschweizererrat (ASR) ist besorgt über die Schliessung von konsularischen Abteilungen bestimmter Botschaften und deren Zusammenfassung zu übernationalen Dienstleistungszentren (Hubs), wie dies insbesondere in Mitteleuropa realisiert wird. Dies, während die Zahl der Auslandschweizer stetig zunimmt und deren Betreuung auf gleichbleibendem Qualitätsniveau nicht gewährleistet werden kann. Die Schweiz verliert so an internationaler Präsenz, und für Auslandschweizer wie auch für schweizerische Touristen wird der Weg zu einem Schweizer Konsulat immer länger und hindernisreicher.

Der ASR verlangt

- *Die Aufrechterhaltung konsularischer Dienste in jedem Land*
- *Die Beibehaltung eines dichten Netzes von Berufskonsulaten*
- *Dass die Betreuung der Schweizergemeinschaften Priorität genießt bei konsularischen Standortentscheiden*
- *Den raschen Ausbau von E-Government und neuen Formen konsularischer Betreuung*
- *Den entschlossenen Ausbau der internationalen Zusammenarbeit im Konsularbereich*

Der Rat stimmt der Resolution mit grosser Mehrheit zu.

5. Wahlen 2011 – Wahlmanifest der ASO

Der Vorstand unterbreitet dem Rat den Entwurf zu einem Wahlmanifest 2011 der ASO (**Dokument R-2011/4**) das die heutigen Bedürfnissen der Auslandschweizer widerspiegelt.

Frau Michel weist Herrn Brügger darauf hin, dass das Kompetenzzentrum in Bonn nach nur vier Jahren geschlossen wurde und spricht sich dafür aus, dass swissinfo nicht abgeschafft wird und das EDA SwissCommunity bei den Gesprächen mit den Kantonen unterstützt.

Der Rat nimmt das Wahlmanifest 2011 der ASO einstimmig an.

6. E-Voting – Standortbestimmung

Frau Weber, E-Voting-Projektleiterin bei der Bundeskanzlei, informiert, dass bis 2009 drei Pilotkantone und seit 2010 12 Kantone Vote électronique dank Beherbergungsverträgen (Benützung System Genf oder Zürich) für Auslandschweizer anbieten würden. Rund 55'000 hätten im Februar 2011 die Möglichkeit gehabt, elektronisch abzustimmen. Ab Mai 2011 komme noch Bern dazu. Im Oktober 2011 könne voraussichtlich in vier Kantonen (ca. 21'000 Stimmberechtigte) per Vote électronique an den Nationalratswahlen teilgenommen werden. Die Probleme im Kanton Zürich würden auf Problemen mit dem kantonalen Resultatermittlungsprogramm basieren und hätten nichts mit dem Vote électronique zu tun. Jedoch hätten falsche Medienberichte dazu geführt, dass viele Gemeinden Vote électronique zurückgezogen hätten. Andere Kantone, die das Zürcher System benützen, würden nicht abrechnen. Dass keiner der Pilotkantone im Herbst Vote électronique für die Nationalratswahlen anbieten, sei darauf zurückzuführen, dass Zürich die Probleme mit dem Resultatermittlungsprogramm habe, Genf mit der Frage der genügenden Rechtsgrundlagen beschäftigt sei und Neuenburg keine Erfahrungen mit E-Wahlen gesammelt habe. Alle hätten angekündigt, für 2015 bereit zu sein. Die Einschränkung des Vote électronique auf Wassenaar-Staaten werde bald überprüft. Es würden Verhandlungen mit neuen Kantonen geführt, der Fokus liege auf den Auslandschweizer Stimmberechtigten. Ziel des Bundes sei, dass bis 2012 mindestens 50% der Auslandschweizer elektronisch abstimmen können und bis 2015 die Mehrheit. Frau Weber merkt an, der Bund koordiniere, unterstütze und bewillige die Projekte, schlussendlich würden aber die Kantone entscheiden.

Herr Isler fragt, welche vier Kantone Vote électronique für die Nationalratswahlen anbieten würden.

Herr Martin zeigt sich enttäuscht über die Begrenzung auf Wassenaar-Staaten, wodurch 10% der Auslandschweizer ausgeschlossen sind, welche oft auch jene sind, die das Stimmmaterial per Post zu spät erhalten.

Frau Weber sagt, für die Wahlen 2011 hätten AG, BS, GR und SG Gesuche eingereicht, welche der Bundesrat noch genehmigen müsse. Die Bemerkungen von Herrn Martin habe sie zur Kenntnis genommen. Sie sehe jedoch, dass 90% an den E-Wahlen teilnehmen können und dies ein grosser Fortschritt sei. Man müsse Schritt für Schritt vorgehen und die Sicherheit nicht gefährden.

Herr Bucher fragt, wann Brasilien am Vote électronique teilnehmen könne.

Herr Stern fragt, wie hoch die Stimmbeteiligung unter den Auslandschweizern sei.

Herr Lardi sagt, Venezuela habe das Wassenaar-Abkommen nicht unterschrieben.

Frau Weber wiederholt, bis 2015 werde die Mehrheit der Auslandschweizer am Vote électronique teilnehmen können. Nächstes Jahr werde die Wassenaar-Frage neu beurteilt. Grundlage für Vote électronique sei, dass das Stimmgeheimnis gewahrt sei. Die Stimmbeteiligung liege teils über 50%.

Herr Gafner sagt, er gehöre in Mexiko zu den 10% der Ausgeschlossenen. Auch gebe es grosse Postprobleme. Er bittet die ASO, sich für einen Sammelkurier nach Mexiko einzusetzen. Die Verteilung vor Ort würde dann lokal organisiert.

Frau Weber erwidert, das Problem der Postzustellung sei nach den Wahlen 2007 erkannt worden und es seien Massnahmen ergriffen worden. Für die Wahlen 2011 sollten Verbesserungen erkennbar sein.

Der Vorstand unterbreitet dem Rat folgende Resolution:

Der Auslandschweizererrat (ASR) hält fest, dass die bisherigen Versuche mit Vote électronique ermutigend ausgefallen sind. E-Voting ist bereits in zwölf Kantonen getestet worden und dies durchwegs mit Erfolg. Die hohe Auslandschweizer Beteiligung an den bisherigen Tests belegt, dass die elektronische Stimmabgabe einem starken Bedürfnis entspricht.

Der ASR freut sich darüber, dass die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Graubünden und St. Gallen ihren Stimmberechtigten im Ausland erstmals die Option bieten wollen, über Internet an den eidgenössischen Wahlen teilzunehmen. Er ist umgekehrt enttäuscht darüber, dass die Pilotkantone ihrerseits E-Election in diesem Jahr noch nicht anbieten, und er bedauert den Abbruch der E-Voting-Versuche im Kanton Zürich.

Der ASR ruft die Kantone dazu auf, auf dem Weg zur Einführung des Vote électronique zielstrebig voranzuschreiten und dabei den Landsleuten im Ausland Priorität einzuräumen, damit diese ihre politischen Rechte effektiv ausüben können. Er fordert Bund und Kantone auf, Vote électronique für alle Stimmberechtigten im Ausland, unabhängig von ihrem Wohnsitzland, einzuführen und dafür zu sorgen, dass für die Parlamentswahlen 2015 elektronische Wahlverfahren flächendeckend zur Verfügung stehen.

Der Rat stimmt der Resolution bei einer Enthaltung einstimmig zu.

7. Schweizer Banken und Auslandschweizer

Frau Mastantuoni erinnert daran, dass die Bankenfrage bereits 2009 diskutiert wurde und dass die Situation seither nicht besser geworden sei (**Dokument R-2011/5**). Die Banken würden immer höhere Gebühren für Konten mit kleinen Sparbeträgen verlangen. Die ASO habe deswegen bei einzelnen Banken, beim Bankenombudsman, der Bankiervereinigung, dem Verband Schweizerischer Kantonalbanken usw. interveniert. Es scheine aber, als wollten die Banken sich mit hohen Gebühren der kleinen Kunden entledigen. Es sei heute für Auslandschweizer schwierig geworden, Bankbeziehungen zur Schweiz aufrecht zu halten. Als Alternative schlage die ASO Postfinance vor. Unter den Banken seien einige Kantonalbanken empfehlenswert sowie einzelne Filialen der Raiffeisenbank. Man müsse sich direkt erkundigen. Auch eine Lösung sei, die Adresse einer Vertrauensperson in der Schweiz anzugeben und die Geschäfte über diese abzuwickeln.

Frau Violet bekräftigt, es werde immer schlimmer, inzwischen stelle sich das Problem nicht mehr nur in den USA. Dies sei eine Unverschämtheit. Der ASR müsse so lange den Finger darauf halten, bis sich die Situation verbessere. Die Medien müssten darüber berichten. Die Auslandschweizer müssten sich gegen diese Diskriminierung wehren.

Herr Eggly versichert, der Vorstand werde weiterhin Druck machen.

Herr Stern versteht, dass der Vorstand an der Sache dran bleiben will. Als Banker sieht er allerdings, dass steigende regulatorische Bedingungen von Regierungen im In- und Ausland dazu führen, dass Anpassungen stattfinden, welche höhere Kosten zur Folge haben. Diese Mehrkosten werden auf den Kunden/Dienstleistungsbezieher abgewälzt. Ausserdem können die Banken selber über Ihre Gebüh-

renmodelle entscheiden, wir seien in einer freien Marktwirtschaft. Auch er ist der Meinung, dass die Kantonalbanken noch am ehesten Kleinkunden akzeptieren.

Herr McGough schlägt vor, die Wertschriften, welche die ASO von Crédit Suisse hat, zu einer anderen Bank zu transferieren, um ein Zeichen zu setzen.

Frau Etchart sagt, in Europa müssten keine Steuern bezahlt werden, wenn die Bankgeschäfte nur noch elektronisch abgewickelt würden.

Frau Michel bringt das Beispiel eines jungen Auslandschweizers, der von einer Bank zu einem Sparkonto eingeladen wurde. Heute verlange die Bank nebst der Basisgebühr weitere Gebühren. Sie verstehe nicht, dass Banken behaupten, sie würden keine öffentliche Aufgabe erfüllen, wenn sie doch vom Bund mit Milliarden unterstützt worden seien.

Herr Neuhaus berichtet, er habe im Kanton Schwyz ein Konto eröffnen wollen. Als er als Wohnland Saudi Arabien angegeben habe, habe die Bank die Eröffnung verweigert. Dies sei zu der Zeit gewesen, als Marcel Ospel wöchentlich in Riadh gewesen sei.

Herr Bernard verweist auf das Lugano-Abkommen, nachdem jeder Kunde, der nicht zufrieden sei, in seinem Wohnland rechtliche Schritte einleiten könne. Weiter habe die USA den „Foreign Account Tax Compliance Act“ verbreitet, welche fremde Staaten akzeptieren können oder nicht. So breite sich aber das amerikanische Gesetz aus.

8. Zugang zum Hochschulstudium in der Schweiz

Herr Zimmermann informiert, dass die Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz (VKHS) trotz diversen Anstrengungen anfangs September geschlossen würden. Damit gebe es keine Vorbereitungskurse für ein Studium in der Schweiz mehr für junge Auslandschweizer. Es sei aber klar, dass ohne Vorbereitung die Aufnahmeprüfungen nicht bestanden werden können. Es gebe die Absicht, Vorbereitungskurse in Genf und Zürich neu aufzubauen. Es werde etwas weggespart, was anderswo wieder aufgebaut werden müsse. Es gebe keine Solidarität gegenüber den jungen Auslandschweizern mehr, der Ruf der Schweiz leide darunter.

Herr Eggly bedauert die Schliessung und dankt Herrn Zimmermann für die Informationen.

9. Schweiz – Europa – eine Aussensicht

Herr Winkler, NZZ-Korrespondent in Brüssel, sagt, die Schweiz sei mit der EU eng verflochten. Heute gebe es weit über 100 bilaterale Abkommen. Und obwohl die EU ein wichtiger Handelspartner sei, wachse der Widerstand gegen Brüssel stetig. Der bilaterale Weg scheine eine Sackgasse. Die EU stehe für Frieden, Verhandlungen und Gespräche, was auch Leitmotive der Schweiz seien. Trotzdem gebe es diese Abwehr, die eventuell auf der Angst des Teilverlusts des Bankgeheimnisses beruhe. Die EU werde leicht zum Sündenbock gemacht. Die Schweizer Politik wolle eine Mitgliedschaft à la carte. Die EU sei aber immer weniger bereit, der Schweiz Ausnahmeregelungen zuzusagen. Staaten hätten keine Freunde, sondern nur Interessen. Und gerade die Schweizer Interessen seien widersprüchlich. Das Suchen nach Feinden sei das Gegenteil einer nüchternen Politik.

Herr McGough findet, die EU stehe nicht nur für Frieden und greift den Steuerstreit mit Deutschland auf. Die EU wolle die Schweiz wegen des Geldes. Aber warum sollte die Schweiz ihr Geld geben für Länder wie Griechenland oder Portugal.

Herr Mörker findet, die Schweizer Politik sei etwas sehr spezielles. Er würde es nicht schätzen, wenn die Schweiz in der EU wäre. Ausserdem dürfe man sich in Friedenszeiten nicht lustig machen über die Angst der Schweiz vor den Nachbarn.

Herr Winkler sagt, die Schweiz zahle schon jetzt sehr viel Geld an die EU. Es gehe nicht nur darum, die Portugiesen zu finanzieren, sondern auch darum, die eigenen Banken in Portugal zu retten. Er wisse nicht, ob er jetzt für oder gegen den EU-Beitritt wäre. Es komme darauf an, was ausgehandelt

werden könne. Für die EU sei es aber nicht mehr länger möglich, Zeit in Sonderlösungen für die Schweiz zu investieren. Im Falle eines Beitritts würde nicht die direkte Demokratie der Schweiz in Frage gestellt, aber die Handlungsmöglichkeiten wären eingeschränkt, Abkommen müssten eingehalten werden. Klar sei, dass der Weg wie bisher mit bilateralen Abkommen zu Ende zu sein scheine.

Für Herrn Weil ist die Xenophobie, die in der Schweiz immer noch existiert, unverständlich.

Herr Dürr sagt, es werde übersehen, dass die Schweiz viele Tugenden einbringen könnte und sich für mehr direkte Demokratie in der EU einsetzen könnte.

Frau Poljsak meint, in der Schweiz mangle es an Information darüber, wie es in der EU wirklich laufe.

Für Frau Aaroe lässt sich die Zurückhaltung der Schweiz mit ihrer Geschichte begründen. Die Schweiz sei an Wirtschaft und Geld interessiert gewesen, habe aber nie Länder gesammelt. Nicht weil man nicht zusammenarbeiten wolle, trete man nicht bei, sondern weil man das Gefühl habe, die Schweiz wäre nicht mehr die Schweiz.

Herr Winkler findet viele Parallelen zwischen der Schweiz und der EU, auch kulturell gesehen. Länder würden nicht in die EU kommen, um ihre Identität abzuwerfen.

Herr Engeler ruft die Anwesenden dazu auf, zugunsten des Auslandschweizerplatzes eine Spende für die jährlichen Aufwendungen zu machen.

10. Koordination der Landeswerbung

Herr Bideau, Chef Präsenz Schweiz, erklärt, erste Aufgabe sei die Medienbeobachtung, um Kenntnis davon zu haben, was über die Schweiz berichtet wird. So werde die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland gemessen und die Kommunikation nach Aussen könne dementsprechend gestaltet werden. Entgegen unserer Vorstellung, werde die Schweiz z.B. nicht als Forschungsland, erkannt. Landeskommunikation heisse Grundversorgung über thematische und geographische Schwerpunkte und Verständnis für das politische System und die Schweiz herzustellen. Wichtig für diese Aufgabe sei auch die Präsenz an internationalen Grossveranstaltungen wie Olympischen Spielen oder Weltausstellungen. Es werde mit Public Relations, Informationsmitteln und Internet über die Realität in der Schweiz berichtet. Zur Gesamtabdeckung würden auch Partnerschaften z.B. mit Pro Helvetia, Swissnex, OSEC, Schweiz Tourismus, Botschaften und Konsulaten oder der ASO eingegangen. Herr Bideau unterstreicht die Wichtigkeit der Auslandschweizer für die Arbeit von Präsenz Schweiz. Diese hätten eine andere Ansicht der Geschehnisse als Inlandschweizer, sie seien Botschafter und Brückenbauer zwischen den Ländern und hätten persönliche Erfahrungen und Berichte darüber, warum die Schweiz im Ausland wie angesehen werde.

Herr Widmer vermisst in den Ausführungen die Schweizer Schulen im Ausland.

Herr Bideau stimmt zu, dass die Schweizer Schulen sehr wichtig seien und deren Schüler spätere Multiplikatoren. Er wünsche sich mehr Zusammenarbeit.

Herr Begey wünscht sich vermehrte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.

Herr Bideau sagt, daran werde gearbeitet. Ziel sei es auch, die kulturelle Seite der Schweiz in den Vordergrund zu stellen und aufzuzeigen, dass die Schweiz nicht nur ein Bankenland sei.

Herr Rauper möchte konkreter wissen, welche Zusammenarbeit Präsenz Schweiz mit den Auslandsschweizern sucht.

Für Herrn Bideau ist SwissCommunity ein sehr gutes Kommunikationsmittel. Präsenz Schweiz und die ASO würden via SwissCommunity mit den Auslandschweizern und der Welt kommunizieren. Dadurch entstehe der direkte Kontakt mit der Fünften Schweiz.

Herr Dürr findet, dass das Image der Schweiz nicht nur an Medienberichten gemessen werden dürfe sondern auch kompetente Personen wie Botschafter einbezogen werden müssten. Nur würde in diesem Bereich ja abgebaut. Er ist auch der Meinung, Grossveranstaltungen seien teuer und die Wirkung verpuffe rasch. Es müssten Wege gesucht werden, um ständig zu informieren und präsent zu sein.

Herr Bideau, stellt klar, dass Untersuchungen nicht nur mit Artikeln und Medien gemacht würden. Zu Grossveranstaltungen habe er noch vor ein paar Monaten die gleiche Meinung gehabt. Aber dann sei ihm am Beispiel Shanghai klar geworden, welche Wirkung eine solche habe.

Für Herrn Guisan müssten auch die Honorarkonsule in die Arbeit von Präsenz Schweiz einbezogen werden.

Herr Bideau versichert, eine Zusammenarbeit mit den Honorarkonsuln sei erwünscht.

Herr Engeler freut sich über die Aussage, die Schweizer Schulen seien für Präsenz Schweiz wichtig. Eine Zusammenarbeit sei im Interesse der Schweiz.

Frau Fahrni lobt das Informationsmaterial von Präsenz Schweiz und fordert die Anwesenden auf, sich bei Bedarf bei Präsenz Schweiz zu melden.

Frau Ruchet Bach sagt, es gäbe viele lokale Ereignisse, für die sie Material bräuchte, sie werde sich in Zukunft gerne an Präsenz Schweiz wenden.

Herr Bideau rät aber auch, bei den Botschaften und Konsulaten anzufragen.

Herr McGough begrüsst die Arbeit bei den Auslandschweizern und das Material von Präsenz Schweiz. Er würde sich aber wünschen, dass auch das EDA vor Ort die Schweizer Gemeinden kennen lerne und so deren Bedürfnisse besser kenne.

11. Aktuelle Stunde

Herr Isler fordert alle ASR-Mitglieder auf, vermehrt von SwissCommunity Gebrauch zu machen. Die ASR-Gruppe sei inaktiv. Dabei sei es die ideale Plattform, um untereinander Kontakte zu pflegen, aktuelle Themen zu diskutieren und Aktivitäten zu koordinieren. Es findet, die Mitgliedschaft sei für alle ASR-Mitglieder obligatorisch. Er ist ausserdem erstaunt, dass er bei den Überschwemmungen in Australien nicht über die Existenz der Stiftung Schnyder von Wartensee informiert wurde.

Herr Rauper sagt, die Botschaft in Japan habe in der jüngsten Erdbeben/Tsunami/Atomkatastrophe sehr gute Arbeit geleistet für Schweizer in Japan, wie auch die ASO und die Glückskette, und ist dankbar dafür. Er fragt sich, wie diese Krise hätte gemanagt werden können, wenn es in Japan keine Botschaft gegeben hätte.

Herr Heinimann fragt, was für ein Gewicht das humanitäre Engagement der Schweiz im Ausland für Präsenz Schweiz habe und zeigt auf das Ungleichgewicht, welches bei der Unterstützung herrsche, beispielsweise Japan/Côte d'Ivoire.

Herr Stern bemängelt, dass dem Auslandschweizerplatz zuwenig Publizität gegeben würde.

Herr Wyder weist auf die Website der ASO, wo der Platz zu finden ist.

Herr Gerber hat einen Antrag bezüglich Krankenkassen gemacht aber keine Antwort erhalten.

Frau Mastantuoni erklärt, es handle sich dabei um ein generelles Problem für Personen, die nicht im EU-Raum wohnhaft seien. Der Vorstand habe über die Möglichkeit eines parlamentarischen Vorstosses diskutiert. Sozialversicherungen seien in der Schweiz aber ein schwieriges Thema.

Herr Wyder fügt hinzu, dass Herr Gerber schriftlich Antwort erhalten werde.

12. Schweizer in Israel - Präsentation

Herr und Frau Bloch sowie Herr Weil stellen dem Rat Israel sowie die dortige Schweizergemeinde und deren Situation vor.

Für den genauen Inhalt der Präsentation sei auf die Delegierten im ASR für Israel verwiesen.

Herr Eggly dankt für die ausführliche Präsentation und freut sich über die regelmässigen Präsentationen von Ländern von ASR-Mitgliedern.

13. Jahresbericht 2010

Der Jahresbericht (**Dokument R-2011/1**) wird einstimmig gutgeheissen.

14. Jahresrechnung 2010

Herr Engeler stellt die Jahresrechnung 2010 (**Dokumente R-2011/2a+b**) vor. Die Vermögensrechnung sehe wie gewohnt aus. In der Betriebsrechnung würden die Einnahmen etwas unter dem Vorjahresbudget liegen. Die Ausgaben jedoch auch. Aus der Geschäftstätigkeit resultiere ein geringer Verlust.

Herr Guisan bemerkt, dass dreimal so hohe Debitoren aufgeführt seien wie im letzten Jahr.

Herr Engeler erklärt dies mit der auf den Jahreswechsel fallenden Produktion der Nummer 1/2011 der Schweizer Revue.

Herr Mörker fragt nach den Auswirkungen der Umstellung von Print- auf Online-Version der Schweizer Revue auf die Werbeeinnahme.

Herr Engeler erklärt, der starke Rückgang der Werbeeinnahmen sei hauptsächlich auf die Reduktion von 6 auf 4 Ausgaben zurückzuführen. Auch sei das Klima härter geworden. Firmen würden genau überlegen, wofür sie Geld ausgeben.

Der ASR stimmt der Jahresrechnung 2010 und dem Bericht der Revisionsstelle einstimmig zu und erteilt dem Vorstand Decharche.

15. Budget 2011

Herr Engeler unterbreitet das Budget 2011 (**Dokumente R-2011/2a+b**) und erklärt, der Unterschied zum Budget 2010 sei eine Erhöhung der Sponsoringeinnahmen.

Der Rat stimmt dem Budget 2011 einstimmig zu.

16. Wahl des Revisionsorgans

Herr Engeler erklärt, die ASO beauftrage seit über 20 Jahren die gleiche Revisionsstelle. Von Zeit zu Zeit sie diese aber zu wechseln. Deshalb habe der Vorstand Offerten eingeholt und schlage dem Rat vor, für die nächsten zwei Jahre die Firma BDO in Bern als Revisionsstelle zu ernennen. Diese sei spezialisiert auf KMU und Nonprofit-Organisationen. Ausserdem sei sie etwas günstiger als Price Waterhouse Coopers.

Der Rat stimmt dem Vorschlag des Vorstandes zur Wahl von BDO als Revisionsstelle einstimmig zu.

17. Auslandschweizerkongress 2011 - Vorschau

Frau Rustichelli freut sich auf den 89. Kongress in Lugano im Palazzo dei Congressi vom 26. bis 28. August 2011 zum Thema "Direkte Demokratie im internationalen Kontext" (**Dokumente R-2011/6a+b**). Der Bundesrat sei durch Doris Leuthard vertreten. Erstmals würden Ausschnitte des Kongresses gefilmt und auf SwissCommunity publiziert. Sie lädt alle dazu ein, zahlreich nach Lugano zu kommen.

18. Anerkennung von Schweizervereinen

Gemäss **Dokument R-2011/7a** steht die Anerkennung der „International Bundesbrief Society“ an. Die Kandidatur des „Swiss Business Club Hungary“ (**Dokument R-2011/7b**) wird aufgeschoben.

Herr Eggy erklärt, der Antrag entspreche den reglementarischen Normen.

Der Schweizer Verein „International Bundesbrief Society“ wird einstimmig anerkannt.

19. Verschiedenes

Herr Setz lädt im Namen von ASR-Mitglied John Bartlett zum Int. Sängerefest in Vancouver, welches vom 23. bis 26. Juni 2011 stattfindet, ein (www.saengerfest.info).

Die nächste Sitzung des ASR findet am Freitag, 26. August 2011 in Lugano im Rahmen des 89. Auslandschweizer-Kongresses statt.

Die nächste Frühjahrssitzung des ASR findet am Samstag, 24. März 2012 im Berner Rathaus statt.

Der Präsident dankt der Gemeinde Ingenbohl-Brunnen, Brunnen und Schwyz Tourismus, dem Seehotel Waldstätterhof und den Kantonen Schwyz und Uri für die Gastfreundschaft und tatkräftige Unterstützung. Er dankt auch den Vertretern des EDA, den Referenten, den Medien, den Gästen, dem Publikum, den Übersetzerinnen, dem Team der Geschäftsstelle sowie den Mitgliedern des ASR für Präsenz und Engagement.

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr geschlossen.

Die Protokollführerin: Anna Diezig

